

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

5.1.1931 (No. 3)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
L. K. M. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Pauschalrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Lage an der Ruhr Falsche Alarmnachrichten

M. Berlin, 5. Jan. (Priv.-Tel.). Über die Lage im Ruhrgebiet wird von zuständiger Seite betont, daß verschiedene Alarmnachrichten völlig erfunden sind. In den meisten Teilen des Ruhrreviers herrscht Ruhe, auch ist die Beteiligung am Streik nicht groß. Eine Ausnahme macht lediglich die nördliche Teil, in dem die Kesselerwerke entstanden sind. Hier findet sich auch keine feste Arbeiterfront, sie besteht vielmehr in der Hauptsache aus Zugezogenen. Auch dort wird die Lage als unbedrohlich bezeichnet. Die Polizei hat jedenfalls keine Verstärkung verlangt, sondern ist nach ihren Berichten Herrin der Lage. Man bedauert deshalb um so mehr die alarmierenden Überschriften einiger Berliner Blätter, wie „Mutiger Sonntag“, die in das Ausland telegraphiert worden sind und dort naturgemäß dem deutschen Kredit abträglich sein müssen.

Abflauen der Streikbewegung

W. W. Essen, 5. Jan. (Tel.). Die Meldungen über die Streiklage bei den einzelnen Betrieben lassen einen starken Rückgang der Streikbeteiligung erkennen. Am Samstag streikten bei der Frühlicht 11,96 Proz. der Belegschaft, heute früh dagegen fehlten trotz der eifrigen Agitation am gestrigen Sonntag nur 7,10 Proz. Dieses Ergebnis läßt darauf schließen, daß mit einem baldigen Erlöschen der Streikbewegung gerechnet werden kann. Im Präzisionsbezirk Redlinghausen hat sich die Streiklage heute früh erheblich gebessert, so daß der Streik als zusammengebrochen bezeichnet werden kann. Auf den in diesem Bezirk liegenden 54 Betrieben mit 91.000 Bergleuten arbeiten sämtliche Belegschaften.

Der Reichsarbeitsminister ins Ruhrgebiet abgereist

W. W. Berlin, 5. Jan. (Tel.). Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat sich heute in das Ruhrgebiet begeben, um auch an Ort und Stelle vor dem Beginn der Schlichtungsverhandlungen, die am 7. Januar 1931 unter dem Vorsitz des zuständigen Schlichters in Essen wieder aufgenommen werden, mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Heute Nachmittag findet in Dortmund eine Besprechung zwischen Reichsarbeitsminister Stegerwald und den führenden Persönlichkeiten der Bergarbeiter statt. Einige Persönlichkeiten der Arbeitgeber sind mit dem Minister auf 18 Uhr ebenfalls nach Dortmund geladen worden. Der Schlichter, Professor Dr. Brahn, hat die am Lohnkonflikt im Ruhrbergbau beteiligten beiden Parteien für kommenden Mittwoch, vormittags 10 1/2 Uhr, nach Essen zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen.

Beschlüsse der Gewerkschaften

Zu Konferenzen der Gewerkschaften wurden die Lohnabbauforderungen der Bergbesitzer abgelehnt, die wilde Streikbewegung der Kommunisten aber mit ihrer Ausbreitungen gegen arbeitswillige Bergarbeiter verurteilt. Auf einer Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsorganisation wurde ausgeführt, daß man am Montag auf allen Schichtanlagen des Ruhrgebietes mit verstärkten Maßnahmen eingreifen will, um die Streikbewegung auf das ganze Ruhrgebiet auszuweiten. Ferner soll in den nächsten Tagen versucht werden, die Anhänger der Bergarbeiterverbände und die Metallarbeiter in die Bewegung hineinzuziehen, um es zu einem Generalstreik im Ruhrgebiet zu treiben. Ein Redner erklärte, daß das Endziel des Kampfes die Errichtung eines Sowjetdeutschland sei.

Zwischenfälle im Ruhrgebiet

Zahlreiche Zwischenfälle haben sich im Ruhrgebiet ereignet. In dem Dortmunder Vorort Mengede wurden am Samstagabend Arbeitswillige aus dem Hinterhalt zwischen den Kolonnenführern von Kommunisten überfallen und beschossen. Dabei wurde ein Bergmann durch einen Pistolenschuß getötet und drei andere erheblich verletzt. — Zu einer ersten Schießerei zwischen Kommunisten und der Polizei kam es am Samstagabend in Hinfort. Als dort die Verhaftung kommunistischer Mädel führer bekannt wurde, zogen etwa 2000 Mann vor die Polizeiwache, um die Freilassung zu erzwingen. Da die Polizei beschossen wurde, mußte diese auch ihrerseits von der Schutzwehr Gebrauch machen. Bei diesem Feuergefecht erhielt ein 17jähriger Arbeiter einen tödlichen Schuß, womit sich die Zahl der Todesopfer im Ruhrgebiet auf drei erhöht. Außerdem wurden bei der Schießerei drei Bergleute schwer verletzt.

Auf Schacht Wilhelm der Zeche Pluto in Wanne-Eickel wurde gestern ein Förderwagen in den Schacht gestürzt. Mit diesen Sabotageakten will man anscheinend versuchen, die noch nicht am Streik beteiligte Belegschaft der Zeche Pluto zu Arbeitsniederlegung zu zwingen. Im übrigen hat die Polizei im Bezirk Redlinghausen im Hinblick auf die gestrigen Beschlüsse der A.G.O. alle Vorlesungen getroffen, um die Arbeitswilligen vor Belästigungen zu schützen. Zusammen mit der Kriminalpolizei wurde ein besonderer Streifenkommando organisiert, die gesamte Polizei bestand sich in erhöhter Alarmbereitschaft. Gefahrgewagen fuhrten durch die Straßen, um sofort eingreifen zu können. Diese Maßnahmen, zusammen mit dem Unzugs- und Verhams-

Letzte Nachrichten

Die Lage der Knappschaftsversicherung Die Freiburger Besprechungen

M. Berlin, 5. Jan. (Pr.-Tel.). Die Besprechungen, die Reichszentralrat Dr. Brüning mit dem Reichsminister Dietrich und Stegerwald am letzten Freitag in Baden hatte, bezweckten nicht nur eine Erörterung der laufenden Fragen, sondern auch eines weiteren Punktes, der in der nächsten Zeit akut werden wird, und schon jetzt eine maßgebende Rolle in der Unterhaltungen spielt, die Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald mit dem Schlichter für den Ruhrkonflikt, Professor Brahn, haben wird. Durch die Notverordnung der Reichsregierung sind die Zuschüsse für Knappschaftsversicherung erheblich verkleinert worden. Die Versicherung ist dadurch in ihrem Bestand gefährdet und müßte unter normalen Verhältnissen durch Erhöhung der Beiträge einen Ausgleich versuchen, was aber angesichts des Lohnkonfliktes ausgeschlossen ist. Wie verlautet, will man eine gemeinsame Lösung beider Probleme gleichzeitig herbeiführen. Über die Mittel und Wege scheint man sich in Freiburg einig geworden zu sein. So daß mit der Lösung des Ruhrkonfliktes auch die Sanierung der Knappschaftsversicherung verbunden wäre.

Die Ostreise des Reichszentralrats

W. W. Rauenburg (Pommern), 5. Jan. (Tel.). Der Reichszentralrat hat gestern Abend die Fahrt in die deutschen Ostgebiete fortgesetzt. Heute früh traf er hier ein. Im Landratsamt des Kreises Rauenburg, gab Oberpräsident v. Galsner einen Überblick über die Lage der Provinz Pommern. Die Vorlage des Grenzgebietes wurde durch mehrere Vorträge über einzelne Gebiete des pommerschen Wirtschaftslebens erläutert.

Aufgaben der vier Männer Briand, Mussolini, Henderson, Curtius

W. W. London, 5. Jan. (Priv.-Tel.). In einem Aufsatz im „New Chronicle“ führte Wilson Harris aus, Europa biete in wirtschaftlicher und politischer Beziehung ein düsteres Bild. Es werde die Aufgabe von vier Männern sein, dem drohenden Unheil Einhalt zu gebieten. Als ersten dieser vier Männer nennt der Verfasser Briand, dessen Ideen, wie er hinzusetzt, ausgezeichnet seien, der aber nicht die Persönlichkeit sei, die die Welt mit sich fortzuziehen könne. Als zweiten bezeichnet Harris Mussolini, von dem er sagt, man könne bestimmt glauben, daß er friedfertige Absichten habe, und wenn er sich Briand bei dem Wert der Sicherung des Friedens anschließe, so würden die Aussichten rosig sein. Hierzu kommt nach Ansicht des Verfassers als dritter Henderson. Seine Vernunft und seine Standhaftigkeit werden, so heißt es von ihm, bei einer Krisis Dienste leisten, wie sie weder Briand noch Mussolini leisten kann. Außerdem ist Henderson in der Lage, die wichtige Rolle des ehrlichen Mädlers zu spielen. Die Beziehungen zwischen den Ländern Briands und Mussolinis sind gespannt. Das gleiche gilt von den Beziehungen zwischen den Ländern, die von Briand und von Dr. Curtius, dem vierten Mann in der Gemeinschaft, vertreten werden. Henderson ist mit jedem einzelnen befreundet und befindet sich in einer einzigartigen Lage der Völkerverständigung mit ihnen.

Harris verfuhr dann, eine Charakteristik von Dr. Curtius zu geben. Er sagt von ihm: Dr. Curtius ist noch immer eine Art unbekannter Größe. Er trägt den Mantel Stressemanns, aber die Kraft und der Mut, die Stressemann dem Nachkriegseuropa so unerschütterlich gemacht haben, sind bei ihm bisher nicht herorgetreten. Jedoch, Dr. Curtius ist klug, persönlich und durchaus befähigt, in maßvoller Weise den deutschen Standpunkt in den vitalen Fragen der Abwicklung und der Minderheiten darzustellen, wie er dargestellt werden muß. Zum Schluß sagt der Verfasser: Wenn diese vier Männer sich daran machen, die französisch-italienischen und die polnisch-deutschen Schwierigkeiten und die Abrüstungsfrage zu klären, so würden sie Europa neues Selbstvertrauen geben. Aber nur Männer haben Aussichten auf Erfolg, die von der Überzeugung durchdrungen sind, daß Europas Krankheit ein sofortiges Heilmittel braucht.

Norman Angell für Streichung der Kriegsschulden

W. W. London, 5. Jan. (Tel.). Das sozialistische Parlamentariermitglied Norman Angell tritt in einem Briefe an den „Daily Herald“ für Annullierung der Kriegsschulden und für internationale Regelung des Geldproblems ein.

Amnestiemaßnahmen des Kabinetts Steeg

W. W. Paris, 5. Jan. (Tel.). Der französische Postminister Bonnet hat den größten Teil der im Mai 1930 und im Juni 1929 wegen Streiks gemäßigten Postbeamten und Briefträger nunmehr wieder eingestellt. Damit hat sich das linksgerichtete Kabinett Steeg in Widerspruch gesetzt zu den vorausgegangenen Ministerien Lardieu, die beabsichtigt diese von den Gewerkschaften geforderte Wiedereinstellung verweigert haben.

Das Verbot des Redlinghäuser Polizeipräsidenten, haben bewirkt, daß die Tätigkeit der Mitglieder des A.G.O. eine starke Einschränkung erfahren hat, die sich dann auch in günstigerem Sinne auswirkte.

Gefährdete Selbstverwaltung der Gemeinden Unitarismus gegen Gemeinden

Von Dr. Hans-Georg Weber

Von der finanzpolitischen Seite her ist die kommunale Selbstverwaltung in den letzten 10 Jahren mehr und mehr unterhöhlt worden. Die großen eigenen Steuerquellen hat das Reich schon bei der umwälzenden Erbschaftsteuerreform den Gemeinden genommen. In steigendem Maße ist es dann dazu übergegangen, den Gemeinden auf der einen Seite ihren Ausgabenbedarf, auf der anderen Mittel und Wege zur Beschaffung der notwendigen Einnahmen vorzuschreiben. Als die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen wurde, begrüßten es die Gemeinden — angesichts der Unmöglichkeit, die ihnen vorgeschriebenen Ausgaben mit den alten Einnahmen auch nur einigermaßen zu decken —, als eine Erleichterung, daß ihnen eine Reihe kleinerer Steuerquellen, wie die Bürgersteuer, die Gemeindebesitzsteuer, die Gemeindegetränksteuer, zur Ausschöpfung zur Verfügung gestellt wurden, obwohl das Reich dabei so eingehende und genaue Vorschriften über die Erhebung und die Höhe dieser Steuer erließ, daß von einer gemeindlichen Finanzautonomie eigentlich überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Aber man hatte sich daran gewöhnt, diese ganze Finanzgesetzgebung als einen Not- und Übergangszustand anzusehen. Hatte doch der Reichsfinanzminister Dietrich erst kürzlich die endgültige Ordnung des finanziellen Ausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden als die letzte und schwerste Aufgabe der Reformgesetzgebung bezeichnet. Die Gemeinden konnten also hoffen, bei dieser endgültigen Neuordnung der öffentlichen Finanzen wenigstens einen Teil ihrer Selbständigkeit in finanziellen Dingen wiederzuerhalten.

Nun aber droht von der unitaristischen Großbürokratie in Berlin die Gefahr, daß bei der kommenden letzten Reichsfinanzreform die Gemeinden vollkommen und für immer der staatlichen Finanzvormundschaft unterstellt werden. Welche Ziele auf diesem Gebiete in Berlin verfolgt werden, das zeigte eine Rede, die der Staatssekretär z. D. Professor Dr. Popitz vor einiger Zeit im Steuerauschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gehalten hat. Dieser führende Kopf der Finanzwissenschaft, aber gleichzeitig auch der Finanzbürokratie im Reich, richtete seinen Angriff in erster Linie gegen die Schlüsselstellung der Gemeinden und Gemeindeverbände auf finanziellem Gebiet. Er erklärte nämlich eine einheitliche Führung der finanziellen Fragen in Reich, Ländern und Gemeinden für notwendig und bekämpfte deswegen das Nebeneinander von Reich, 17 Ländern und 65.000 Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden, die alle ein Stück finanzieller Selbständigkeit besitzen oder wiederzuerlangen bestrebt seien. Hierin sieht Staatssekretär Popitz eine Spaltung der öffentlichen Willensbildung, eine Vielherrschaft, die seiner Ansicht nach bei dem endgültigen Finanzausgleich beseitigt werden soll. Zu diesem Zwecke forderte er, daß nicht nur die Einnahmeseite des städtischen Haushaltes, sondern auch die Ausgaben der Aufsicht und Leitung der staatlichen Finanzbürokratie unterstellt werde. „Die These ist unabwendbar“, so sagte Dr. Popitz wörtlich, „daß neben dem Reich als oberster Leitung unsere Geschichte kein Finanzträger bestehen darf, der nicht wenigstens einer ebenfalls wieder einheitlich zusammenlaufenden Aufsicht untersteht, die in der Lage ist, den Gesamtplan nach bestimmten Richtlinien zu regulieren.“ Das bedeutet also nichts Geringeres, als eine einheitliche Regelung der Gemeindeangelegenheiten durch die Reichsfinanzbürokratie.

Zur Verwirklichung seiner Forderung verlangt Dr. Popitz ein allgemeines Haushaltgrundgesetz für die Gemeinden, einheitliche Aufstellung von Haushaltsplänen in sämtlichen Gemeinden und vor allem eine Gemeindeaufsicht, die sich auch auf den gesamten Bedarf der Gemeinden an Beamten und auf ihre Besoldung erstrecken soll. Daneben wünscht er natürlich Genehmigungspflicht für alle Anleihen und Kredite der Gemeinden, Einschränkung der öffentlichen Versorgungsbetriebe sowie Revision der Gemeinden durch eine neutrale übergeordnete Stelle. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um zu beweisen, daß damit die Axt an die Wurzel der gemeindlichen Selbstverwaltung gelegt würde, welchen Sinn hätte eine Selbstverwaltung noch, wenn ihre Einnahmenseite bestimmt würde. Ebenso wie das Statut die unumgängliche Voraussetzung jeder parlamentarischen Tätigkeit im Reich und in den Ländern ist, so kann auch ohne ein zwar begrenztes, aber in der Hauptsache aufrechterhaltenes Haushaltsrecht der Gemeinden eine Selbstverwaltung nicht existieren. Den Gemeinden scheint Dr. Popitz zwar gewisse Rechte belassen zu wollen, insbesondere auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. Dafür will er aber das Wohnungs- und Erwerbslofenwesen, vor allem aber die öffentlichen Betriebe, also die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, einer umfassenderen Regelung unterstellen, als sie die Gemeindeverwaltung leisten kann, d. h. also unter Staatsaufsicht.

Was bliebe, wenn diese Pläne verwirklicht würden, von der deutschen Selbstverwaltung des großen Wertes des Freiheitsmanns vom Stein eigentlich noch übrig? Ein örtlich begrenzter Wohlfahrtsfürsorgeverband, dem die Einnahmen wie die Ausgaben von der vorgesetzten Behörde im Reich und in den Ländern genau vorgeschrieben wären. In dieser Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung würde es auch nicht ändern, wenn man den Gemeinden gewisse bewegliche Steuerquellen weiterhin überlassen würde. Das Entscheidende ist, daß den Gemeinden nicht mehr ein bestimmter Anteil an den Reichssteuern zugeteilt werden, sondern daß vielmehr das Reich nur den Fehlbetrag der Gemeinden decken soll, der bei einer genaueren Kontrolle der kommunalen Finanzgebahrung durch die

staatliche Bürokratie noch übrig bleibt. Den Einwand, daß damit doch die Selbstverwaltung der Gemeinden gerädert werde, glaubt Dr. Popitz damit abtun zu können, daß er ausführt, auch in den Gemeinden gäbe es Bürokratie. Gewiß, aber diese untersteht eben den Organen der gewählten Selbstverwaltung und wird von dieser kontrolliert.

Auf diesen Kräfte der Selbstkontrolle der Bürgerschaft haben Freiherr von Stein und Hardenberg vor 120 Jahren ihr Reformprogramm aufgebaut. Ihr Ziel war — wie es in der Verordnung vom 22. Mai 1815 wörtlich heißt — „mit der größeren Selbständigkeit, welche den Gemeinden zuteil wird, auch eine rege Teilnahme für ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten unter allen ihren Gliedern zu erwecken und auf einer in diesem Sinne gebildeten Gemeindevereinigung die Grundlagen der künftigen Verfassung zu erbauen.“

Soll dieses ganze Gebäude jetzt wieder eingerissen werden, weil es in das bürokratische System der „Monokratie“ nicht hineinpaßt? Der Abbau hat tatsächlich bereits begonnen, und das Programm des Staatssekretärs Dr. Popitz zeigt, wie sehr das ganze Selbstverwaltungsgebäude schon ins Wanken gebracht worden ist. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß man die hier drohende Gefahr erkennt und Schutzmaßnahmen ergreift.

Wann kommt das Rentenversorgungsgesetz?

Trotz wiederholter Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, ein Rentenversicherungsgesetz zu schaffen, obgleich der Reichstag mehrfach ein solches gefordert und die Reichsregierung seine Schaffung versprochen hat. Die Kosten, die durch die Versorgung der Rentner dem Reich entstehen würden, sind im Verhältnis zu den Kosten anderer Sozialgesetze nicht allzu hoch. Gegenwärtig liegen dem Reichstag wiederum eine Reihe von Anträgen vor, in denen von der Reichsregierung verlangt wird, das längst fällige Rentenversicherungsgesetz endlich auszuarbeiten und gleichzeitig weitere Mittel für die Rentnerfürsorge zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung eines solchen Gesetzes bereitet selbst heute keine unlöslichen Schwierigkeiten, wenn man nur ernstlich einmal an dieses Problem heranzugehen sich getraut.

Kurze Nachrichten

Der Dank des Reichspräsidenten. Anlässlich des Jahreswechsels sind dem Herrn Reichspräsidenten wiederum zahlreiche telegraphische und briefliche Glückwünsche aus dem In- und Auslande zugegangen. Da die Einzelbeantwortung ihm nicht möglich ist, spricht der Herr Reichspräsident allen, die seiner freundlichst gedacht haben, auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank und die Erwiderung der Glückwünsche aus.

Reichsaußenminister Curtius hat am Samstagabend Berlin verlassen, um einige Tage im Schwarzwald zur Erholung zu verbringen.

Reichspost erwirbt Transradio-Anlagen. Die Deutsche Reichspost hat sich entschlossen, von dem in der Zwischenzeit und der Transradio AG. für drahtlosen Überseeverkehr im Jahre 1921 abgeschlossenen Vertrag vorgesehenes Recht eines Erwerbes der gesamten Anlagen der Transradio AG. zu dem frühesten möglichen Termin, nämlich dem 1. Januar 1922, Gebrauch zu machen. Es handelt sich in erster Linie um die Großfunkstation Neuen, während die seit einem Jahr stillliegende Funkstation Elbe von der Reichspost bereits übernommen worden ist. Der Kaufpreis berechnet sich nach den vertraglichen Vereinbarungen auf 140 Proz. des im Jahre 1921 investierten Kapitals.

Im sächsischen Steintohlenbergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, in dem die Löhne ab 1. Januar 1921 um 6 Proz. herabgesetzt werden.

Tarifbindung in der sächsischen Textilindustrie. Der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie teilt mit, daß er alle Lohnverträge für die Arbeiterchaft zum 28. Februar 1921 gekündigt hat.

Stilllegung der sächsischen Glashütten. Da nur ein Bruchteil der Arbeiterchaft die neuen Lohnbedingungen angenommen hat, werden die wenigen noch im Betrieb befindlichen sächsischen Glashütten mit vereinzelten Ausnahmen ab 5. Januar zum völligen Stillstand kommen.

Wegen des Remarque-Films kam es auch in Wien zu Kundgebungen und Zusammenstößen mit einer ganzen Anzahl von Verletzten. — In Oberösterreich ist gegen die Personen, die trotz des Verbotes des Films eine Vorführung veranstaltet hatten, ein Strafverfahren eingeleitet worden. — Der Film wird zur Zeit übrigens in Berlin einer Neubearbeitung unterzogen, nach deren Beendigung er wieder vor die Prüfstelle kommen soll.

Die Schweiz zählt jetzt 4 060 000 Einwohner. Nach der neuesten statistischen Aufstellung beläuft sich die gesamte Bevölkerung der Schweiz gegenwärtig auf 4 060 000. Die Bevölkerungszunahme seit 1920 beläuft sich auf etwa 180 000.

Die Beisetzung des Marschalls Joffre findet am Mittwoch früh auf Staatskosten in Paris statt. Bei der Beisetzungsfestlichkeit selbst wird nur der Kriegsminister im Namen der Regierung und im Namen der französischen Akademie eine Rede halten.

Kleine Chronik

Die Kriminalpolizei in Gotha hat die drei Männer, die in der Silvesternacht den Sprengstoffanschlag auf die Geschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Gotha verübten, festgenommen. Es handelt sich um linksradikale Elemente.

Bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein (Verwertungsstelle, Abteilung Breslau) sind Diebstähle von Monopolspirit in größeren Mengen, die vorläufig mit etwa 10 000 Liter beziffert werden, festgestellt worden. Die Diebstähle reichen bis in das Jahr 1928 zurück. Als Täter sind fünf Arbeiter und Angestellte in Haft genommen worden. Als Abnehmer sind einige Breslauer und auswärtige Gastwirte und Destillateure festgestellt und zum Teil verhaftet worden.

500 Farmer stürmten — wie aus England (Arkansas) gemeldet wird — die Läden des Geschäftsviertels und verlangten Lebensmittel für ihre Kinder. Das rote Kreuz ließ daraufhin Lebensmittel verteilen. Diese erklärten, sie seien infolge der Dürre des letzten Sommers mittellos.

Ein neues Werk Pigners. Der Münchener Komponist Hans Pigners hat am Neujahrstage die Komposition eines großen mythologischen Musikdramas vollendet, das den Titel „Das Herz“ trägt. Der Text stammt von Max Kossendorf. Das Werk soll im November d. J. an der Münchener Staatsoper zur Uraufführung kommen. Mit der Instrumentation will der Komponist in den nächsten Tagen beginnen.

Die Spartätigkeit im Jahre 1930

Obwohl für die Monate November und Dezember noch keine bzw. nur Teilergebnisse über die Sparteinlagenentwicklung bei den öffentlichen Spartassen vorliegen, läßt sich doch schon ein zusammenfassendes Bild über die Spartätigkeit im Jahr 1930 geben. Schätzungsweise wird der Sparteinlagenbestand bei den deutschen öffentlichen Spartassen am Jahresende rund 10,4 Milliarden betragen gegenüber rund 9 Milliarden am Jahresanfang.

Die Verringerung der Gesamtsumme von circa 2 Milliarden auf circa 1,4 Milliarden gegenüber 1929 ist, wie aus den Ziffern hervorgeht, nicht auf einen Rückgang der Spartätigkeit an sich zurückzuführen, sondern auf erhöhte Auszahlungen, die teils auf das zunehmende Alter der Sparsparer, vor allem auf die Verschärfung der Wirtschaftskrise zurückzuführen sind. Erstmals im August 1930 blieben die Einzahlungen unter der Höhe des Vorjahres, ebenso noch im September, im Oktober übertrafen sie diese bereits wieder. In der Vorkriegszeit betrug die durchschnittliche Jahreszunahme circa 800 Mill. Reichsmark, so daß die Entwicklung im Jahre 1930 als durchaus günstig, wenn auch die Annäherung an Normalverhältnisse stärker hervortritt, als in den ersten Wiederaufbaujahren, angesehen werden kann.

Preisbildung bei den Markenartikeln

Das Reichswirtschaftsministerium hat nach einem Beschluß des Reichskabinetts dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln zur gutachtlichen Stellungnahme zugeleitet.

Nach dieser Verordnung sollen künftig Preisbindungen bei Markenartikeln nur dann noch rechtswirksam sein, wenn und insoweit eine Senkung der Verbraucherpreise um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stande am 1. August durchgeführt ist. Dabei wird erwartet, daß die Durchführung der Preisbindung im Zusammenwirken von Erzeugern, Großhändlern und Einzelhändlern erfolgt und nicht zu Lasten nur einer der beteiligten Wirtschaftsgruppen geht. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wird sich bereits am 5. und 6. Januar mit der Vorlage beschäftigen.

Dreiwig bleibt Führer der Wirtschaftspartei

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei trat am Sonntag unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Freidel (Hildesheim) in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem vom Abg. Collofer gegen den Parteivorstand Dreiwig erhobenen Vorwürfen zu befassen. Abg. Collofer wählte der Sitzung nicht bei, desgleichen auch nicht der frühere Justizminister Dr. Dreeb. Der Reichsausschuß gab nach über achtstündiger Aussprache der Überzeugung Ausdruck, daß dem Parteivorstand Dreiwig keinerlei ehrenrührige Handlungen zur Last gelegt werden könnten, und sprach ihm erneut das Vertrauen aus. Der vom Parteivorstand gestellte Antrag auf Ausschluß des bereits aus der Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Collofer aus der Partei wurde dem zuständigen Parteigericht, das am 15. Januar in Berlin zusammentreten wird, zur sachungsgemäßen Behandlung überwiesen.

Subvention für die englische Kohlenindustrie

W.D. London, 5. Jan. (Tel.) Einige Mäppler behaupten, daß die Vertreter der Bergleute in Süd-Wales die Absicht hätten, heute die Regierung um Gewährung einer Subvention für die Kohlenindustrie zu bitten.

Der russische Fünfjahresplan

W.D. Moskau, 5. Jan. (Tel.) Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsministeriums, Molotoff, berichtete vor dem Zentralkomitee des Politbüros über den Fünfjahresplan, wobei er einen großen Erfolg in der Getreide-, Zuderüben- und Baumwollanbaufrucht verzeichnete, daneben aber auch erhebliche Mängel in manchen Wirtschaftszweigen. Dem Volkswirtschaftsplan 1931 werde enorme Bedeutung beigemessen, was schon aus der Tatsache hervorgehe, daß man in die Periode des Sozialismus eingetreten sei. Um weitere Erfolge zu sichern, müßte die Arbeit der Sowjets entschieden umgestaltet und erreicht werden, daß die Sowjets tatsächlich eine gemeinsame Linie mit der Partei durchzuführen.

Molotoff erklärte weiter, die Weltkriege werde offenbar 1931 ihren Höhepunkt erreichen. Die erfolgreiche Verwirklichung des Fünfjahresplanes erweitere die Basis für den Handel kapitalistischer Länder mit der Sowjetunion. Mit einer Anzahl von Staaten, darunter auch Deutschland, entwickelten sich die Handelsbeziehungen der Sowjetunion normal. Die Sowjetmacht kämpfe für den Frieden. Die Fruchtlosigkeit der Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission sei ein abermaliger Beweis für die wachsende Instabilität der kapitalistischen Staaten.

Nach einer Meldung aus Lissabon, soll das deutsche Flugzeug „Do X“ nach Ausbesserung der Brandschäden an den Tragflächen nunmehr am 20. Januar wieder startbereit sein.

In Berlin startete am Sonntag Fräulein Ely Weinhorn mit ihrem 40-PS-Klemm-Flugzeug zu einem Flug nach Westafrika. Ihre erste Zwischenlandung hat sie in Stuttgart genommen. Ely Weinhorn ist heute, Montag, vormittag gegen halb 11 Uhr von Wörlingen aus nach Lyon weitergefahren.

Die Sonntag vormittag in Berlin zum Flug nach Wärschau gestartete Fliegerin Amy Johnson mußte bei dem Dorfe Krasnojelsk, in der Nähe von Kurlusk, 100 Kilometer nördlich von Wärschau, notlanden. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Flug aufgegeben werden muß.

In New York ist das Frachtflugzeug „Tradewind“ unter Führung von Frau Beryl Gari und des Fliegerleutnants Mc. Keren mit einer Ladung Frachtgut zum Flug nach Paris gestartet. Der Flug soll in Stappen über die Bermudas und die Azoren führen. Die Flieger mußten aber in Hampton Roads infolge einer Beschädigung des Segelantens notlanden. Es gelang dem Flugzeug nicht, die Bermudas zu sichten, weshalb es nach selbständigem Kreuzen den Seeflugzeugstützpunkt aufsuchte.

Auf dem Peloponnes (Südgrichenland) richtete ein Erdbeben großen Schaden an. In Korinth sind zahlreiche Häuser eingestürzt. Die Einwohner wurden von Panik ergriffen. Verluste an Menschenleben sind nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht zu beklagen.

In den Alpen an der französisch-italienischen Grenze wurden sechs französische Skifahrer von einer Schneelawine verschüttet. Das gleiche Schicksal hatten zwei Pariser Studenten auf dem Colletpaz. Einer konnte sich retten. Ferner werden vier junge Leute, die zur Besteigung des 2000 Meter hohen Jettespases ausgesprochen waren, seit Sonntag vermißt.

Arbeitszeitverkürzung und Lohnpolitik in den Gemeindebetrieben

Der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände hat sich kürzlich in einer besonderen Sitzung mit den Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß zum Zwecke der Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Vermeidung von Entlassungen neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müßten, wobei die Beteiligung aller öffentlichen Arbeitgeber dringend geboten erschiene. Empfohlen wurde ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich als vorübergehende Notmaßnahme zwecks Einstellung weiterer Arbeitskräfte. Von den Gewerkschaften wird hierbei die Auffassung vertreten, daß örtlich möglichst einheitliche Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen seien, um den Gedanken eines einheitlichen Notopfers der Arbeitenden zugunsten der Arbeitslosen zu verwirklichen. Bei Arbeitsmangel soll vor etwaigen Arbeiterentlassungen stets eine Streckung der Arbeit durchgeführt werden, um neuen Belastungen des Arbeitsmarktes vorzubeugen.

Eine Ernennung in Braunschweig. Der frühere Mittelschullehrer Klages in Bennedissen im Harz (preuß. Regierungsbezirk Erfurt), der der Nationalsozialistischen Partei angehört und vor einiger Zeit von der preussischen Regierung entlassen worden war, ist zum Regierungsrat bei der braunschweigischen Staatsregierung ernannt worden. Es sind ihm die Geschäfte eines Hilfsreferenten übertragen worden.

Badischer Teil

Aus den Parteien

Tagungen der Staatspartei und der Volkspartei

Der Landesvorstand, die Landtagsfraktion und die Pressevereinigung der Deutschen Staatspartei in Baden hielt Samstag in Karlsruhe eine Sitzung ab, zu der auch Mitglieder des Landesauschusses als Gäste erschienen waren. Zu der Sitzung hatte sich Reichsfinanzminister Dietrich eingefunden, der über die politische Lage sprach. Im übrigen beschäftigte man sich mit Organisationsfragen. Als die wichtigsten Fragen bezeichnete Minister Dietrich das Arbeitslosenproblem und die Reparationsfrage. Die letztere werde wohl eines schönen Tages von der Transferteile aus aufgegriffen werden müssen, während bei der Arbeitslosenfrage vielleicht Abhilfsmöglichkeiten bei größeren Schlüsselinstrumenten (Kohlen und Eisen) gefunden werden können. Jedenfalls sei Deutschland nicht in der Lage, jahrzehntelang 1,7 Milliarden Reparationen, eine innere Kriegslast von 2,8 Milliarden und fast ebensoviel Reichsgelder für die Arbeitslosenfrage aufzubringen. Schließlich seien auch noch Laisten in der Agrarpolitik zu verringern. Bei der in Baden sehr aktuellen Frage der Tabaksteuerung sprach Dietrich vor allem von der Vorbedingung jeder Reparationserleichterung, die indirekte steuerliche Belastung in Deutschland nicht unter das Maß der in den Gläubigerstaaten üblichen Höhe sinken zu lassen. Zum Schluß erklärte Dietrich, die Sammlung der staatspolitischen Elemente für die erste Notwendigkeit, wobei er das Wort von der „bürgerlichen Sammlung“ benutzte. Man dürfe keine Konzeptionen an den Nationalismus machen, um des Staates willen des deutschen Volkes willen. Diese Ausführungen bildeten den Auftakt zu der Stuttgarter Rede Dietrichs am Dreikönigstag, in der er seine Stellung zu allen den erwähnten Fragen vor aller Öffentlichkeit und in aller Klarheit darlegen wird.

In Pforzheim fand eine Landeskonferenz der Deutschen Volkspartei in Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Curtius statt. Der Landesvorsitzende, Landtagsabg. Rechtsanwalt Steinel, hielt eine längere Rede über die Stellung der Partei zu den verschiedenen Tagesfragen. Dr. Curtius erklärte u. a., er sei nach Baden gekommen, um sich für den schweren Gang nach Genf das Vertrauen seiner nachlässigen Parteifreunde zu sichern, nachdem es ihm gelungen sei in Ostpreußen und Oberschlesien Vertrauen zu erwerben. Ich kann Ihnen nicht versprechen, so fuhr Dr. Curtius fort, daß wir in Genf in den entscheidenden Fragen unseres Vaterlandes große außenpolitische Erfolge werden erzielen können; ich kann Ihnen aber wohl versprechen, daß ich meine ganze Persönlichkeit für Deutschlands Ehre einsetzen werde. Ich hoffe den Widerhall der ganzen Nation für das zu finden, was ich in Genf zu erklären habe. Das Französische in seiner Lage sei, daß er genötigt sei, fortwährend seine ganze Kraft daran zu setzen, die nationale Leidenschaft zurückzubändigen und sie in ein Märchen der Vernunft zu leiten, und daß auch manchmal die eigenen Parteifreunde nicht verstehen, warum der Außenminister so und nicht anders zu handeln hat. Der Minister betonte, er wolle keinen Optimismus predigen. Und doch haben wir die Pflicht, nicht zu verzweifeln. Wir sind nicht mehr Objekt der Weltpolitik, sondern wir stellen wieder einen gewichtigen Faktor dar. Wir haben auch das Recht nicht zu verzweifeln, weil unsere Volksträfte gemacht sind.

In einer programmatischen Rede führte der Landesvorsitzende, Steinel, zur badischen Politik u. a. aus, die Regierungsbildung wäre wesentlich einfacher, wenn man sich erst einmal zu dem Standpunkt durchringen könnte, daß man hier nichts mehr zu regieren, sondern lediglich zu verwalten habe. Die heutige Notlage verlange unbedingt die aktive Mitarbeit weiterer Kreise. Zur Konfessionsfrage erklärte Steinel, niemand habe grundsätzlich den Abschluß eines badischen Konkordates mit der katholischen Kirche abgelehnt, soweit es sich auf die Regelung des Verhältnisses der Kirche zum Staat bezieht. Verlangt werde von liberaler Seite, daß die badische Schulgesetzgebung unberührt bleibe, und daß gleichzeitig eine entsprechende Vereinbarung mit der evangelischen Kirche erfolgen solle. Der Redner unterzog dann die Art, wie sich das parlamentarische Leben im Landtag abspielet, einer scharfen Kritik und teilte zum Schluß mit, daß im Laufe des Monats eine Kommission zusammenzutreten soll, um sich generell mit der Reform der badischen Gemeindeordnung zu beschäftigen.

Feierschichten bei der Reichsbahn

Die Reichsbahn teilt mit: Nachdem es der Reichsbahn nicht gelungen war, zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen mit den Gewerkschaften generelle Vereinbarungen über Feierschichten in den Werkstätten und in der Bahnunterhaltung zu treffen, und nachdem auch ein von der Reichsbahn herbeigeführter Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers erfolglos geblieben war, hat die Reichsbahn die Entlassungen durch Feierschichtvereinbarungen mit den Arbeitern selbst hintanzuhalten versucht. Dieses Vorgehen wird von den Gewerkschaften in der Presse als Tarifbruch bezeichnet.

Hierzu bemerkt die Reichsbahn, daß der Vorwurf des Tarifbruchs, der gegen sie wegen der Einlegung von Feierschichten erhoben wird, unbegründet ist. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft kann rechtswirksam von Bestimmungen des Tarif-

Vertrags im Wege der einzelvertraglichen Regelung abzuweichen, wenn diese Bestimmungen abdingbar sind. ...

Reichsbahn führt Höchstpreise in den Bahnhofsverwaltungen ein

Nachdem die Reichsbahn durch Tarifsenkungen im Personen- und Güterverkehr der Preisentlastung der Reichsregierung neue wirksame Anregungen gegeben hat, versucht sie, die Preisentlastung nun auch durch Kontrolle der Preise in den Bahnhofsverwaltungen weiter zu unterstützen. ...

einfache warme Mittags- und abendliche warme Abendessen (Stammessen), warme Würstchen, einfach belegte Brote und Brötchen, letztere auch zusammengeklappt und nur einseitig belegt, Milch, Limonade, Selters und Brausen und für Kaffee - gegebenenfalls unter Einberechnung des Bedienungsgeldes - um eine verteuerte Aufwendung der Pfennigbeträge zu verhüten.

Die Reichsbahn ist auch entschlossen, nötigenfalls eine Decapsetzung der Bahn nach dem Kauf zu nehmen, wenn durch diese Preisbeschränkung eine erhebliche Minderzusage des Ertrages der Bahnhofsverwaltungen eintreten sollte und dem Pächter kein ausreichender Verdienst verbleibt.

DSG-Ausstellung in Mannheim

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft beabsichtigt, ihre große Wanderausstellung 1932 in Mannheim abzuhalten. Der mit der DSG. hierwegen abgeschlossene Vertrag wurde in der jüngsten Stadtratssitzung grundsätzlich genehmigt. ...

Aus der badischen Industrie

Die Mannheimer Metallarbeiter gegen den Schiedspruch. Eine Funktärnkongress des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Mannheim und Ludwigshafen empfiehlt, den Lohnabbau-Schiedspruch vom 27. Dezember abzulehnen und sich für alle weiteren Maßnahmen der Organisation zur Verfügung zu stellen. ...

Weitere Arbeiterentlassungen bei Daimler-Benz in Mannheim. Am Freitag sind aus der Abteilung Gießerei, die bisher 80 Leute beschäftigte, 30 Arbeiter entlassen worden. ...

Arbeitsentlassung bei der Mechan. Weberer Breitsch. Die vor einiger Zeit erfolgte Ankündigung der Mechanischen Webererei Breitsch. G. m. b. H., auf Herabsetzung der Lohnsätze um durchschnittlich 18 Proz. hat die Belegschaft damit beantwortet, daß sie am heutigen Montag die Arbeit niederlegen will. ...

Die Perrowerke der Rhina, die wegen der ungünstigen Produktionsverhältnisse ihren Betrieb nach dem Industriegebiet verlegen, haben der Belegschaft auf den 31. Januar gekündigt. Hierbei werden 70-80 Arbeiter betroffen.

Aus der Landeshauptstadt

Zwischenbilanz der Karlsruher Rotgemeinschaft. Am 10. November 1930 trat die Karlsruher Rotgemeinschaft mit ihrem großen Aufruf hervor. In knapp 7 Wochen sind rund 50 000 Reichsmark in Geld- und Warenspenden, eingerechnet auch all der Spenden, die für laufend für die nächsten Monate gezeichnet wurden, in die Kasse der Rotgemeinschaft geflossen. ...

Die Karlsruher Milchpreise. Einer Anregung der Stadt entsprechend fand am 29. Dezember im Rathausaal eine Aussprache zwischen Stadtverwaltung, Vertretern des Milchhandels und der Landwirtschaft über die Frage der Milchpreissenkung statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da sowohl Milchhandel als auch Landwirtschaft die bestimmte Erklärung gaben, von ihrem derzeitigen Preise nichts nachlassen zu können.

Die erste Fahrt des Riviera-Expres durch Baden. Am Samstag fuhr der neue Riviera-Expres zum erstenmal durch das Land Baden. Dieser neue Luxuszug stellt die schnellste Verbindung zwischen dem deutschen Norden und dem sonnigen Süden dar. Er verkehrt dreimal in der Woche: am Dienstag, Donnerstag und Samstag. ...

Bahnhof Basel eine halbe Stunde nach Mitternacht ein. Das badische Land wird somit in der kurzen Zeit von drei Stunden und zwanzig Minuten durchfahren. Der Rheingold braucht etwa zehn Minuten mehr. Der Riviera-Expres ist dann am nächsten Tag in Riga um 15 Uhr 35, in Rom um 17 Uhr 25 und in Neapel um 20 Uhr 15.

Der Bau eines evang. Hauptgemeindefaßes in Karlsruhe unterbleibt. Auf dem großen Bauplatz inmitten der Stadt (sog. Schmiedepfad) sollte ein evangelisches Hauptgemeindefaß mit Räumen für die Landesynode errichtet werden. In einem Wettbewerb war der Entwurf von Pfeifer und Großmann zur Ausführung empfohlen worden. ...

Colosseumtheater. Je mehr die Revenen auf das endlose Band der Kaffenerfolge geraten sind, desto schwerer fällt es auch ihnen, immer neue pridelnde Unterhaltung für Leute, die amüsiert werden wollen, beizuschaffen. Da ist nun Direktor Max Goldberg mit seinem größtenteils wohl Berliner Ensemble für die erste Januarhälfte ins Colosseum eingezogen und verpricht abendlich mit der Kriminalrevue 'Der schwarze Diamant' eine ebenso aufregende wie lustige Jagd hinter diesem gestohlenen Wertobjekt um den ganzen Erdball. ...

Es ist nicht zuletzt Max Goldberg selbst, der mit seinem temperamentvoll geschwungenen Taktstos das bewirkt, der als Gesamtleiter mit der richtigen Faust sein Personal ausgewählt hat, und außerdem mit einem Ausstattungsbudget arbeitet, das sehr reizvolle visuelle Lederbilder hervorruft. Und auch beim Aufgähnen der einzelnen Hauptakteure gerät man nicht in peinliche Verlegenheit, sie sind nach Art und Spiel sämtlich recht gut. Unter den Damen fesselt mehr noch als Kitty Marion (Donlimbida Marplana) Evelyn Drake mit ihrer pfiffigen Grazie; nicht minder gefällig das Dezent-Groteske an Dotti Wenigers Gerti. ...

Durch einen betrunkenen Kraftfahrer totgefahren. Am Samstagabend wurde in der Darglanten Straße von einem Personentransportwagen der Kaufmann Bruno König von Karlsruhe überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Der Führer des Kraftwagens, ein 34 Jahre alter, lediger Kaufmann wurde in angetrunkenem Zustande festgenommen. ...

Badisches Landestheater. Ferdinand Brudners Schauspiel 'Elisabeth von England' kommt am heutigen Montag, dem 5. und Donnerstag, dem 8. Januar, zur Wiederholung. Das Weibnachtspiel 'Der große Christoph' wird als Nachmittagsvorstellung auf Dienstag, den 6. Januar, wiederholt. ...

V. Sinfonieorchester des badischen Landestheaterorchesters. Den zweiten Teil der dieswinterlichen Konzertsaison eröffnet unmittelbar nach Neujahr das badische Landestheaterorchester mit seinem V. Sinfonieorchester. Es wird ein rein orchesterlicher Abend sein, der außerdem dadurch Beachtung verdient, daß erstmals in der Reihe dieser Konzerte Rudolf Schwarz als Dirigent auftritt. ...

Weiterbericht der badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die Zufuhr ozeanischer Wolkenluft ist heute beendet, nachdem in den beiden letzten Tagen noch ein Tief nördlich der Alpen vorübergezogen war und sich sehr milde, regnerische Wetter gebracht hatte. Ein Zwischenhoch zieht von Westen heran, das sich über Mitteleuropa verfestigen wird. ...

Wasserstände: Waldshut 293 plus 89, Basel 115 plus 89, Schutterinsel 184 plus 4, Neßl 815 plus 19, Maxau 518 plus 25, Mannheim 476 plus 65, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city, date (5. Januar, 2. Januar), and exchange rates for various currencies like Amsterdam, Copenhagen, London, etc.

Zur Verlegung von Zellstoff-Waldhof. Die Aufsichtsrats-sitzung des Zellstoff-Waldhof AG, die die Verlegung des Verwaltungs-sitzes von Mannheim nach Berlin beschließen wird, findet bereits in dieser Woche statt. Die endgültig beschließende Generalversammlung wird sobald als möglich folgen. ...

Vereinigungspläne in der süddeutschen Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie. Zwischen der Maschinenfabrik Griebner in Durlach und der Pfälz. Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vormals Gebr. Kasper in Kaiserslautern sollen - der 'Frankf. Ztg.' zufolge - Besprechungen stattgefunden haben, um eine Fusion beider Betriebe herbeizuführen. ...

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 30. Dez. berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 117,1 gegenüber der Vorwoche (117,4) um 0,3 Proz. gesunken.

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 31. Dezember 1930 im Lande Baden verzeichnet:

Table listing statistics for various districts (Amisbezirke) and municipalities (Gemeinden) including Bruchsal, Karlsruhe, Mannheim, etc., with columns for deaths, births, marriages, etc.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Regierungsbaumeister Dipl.-Ing. Rudolf Brugier aus Wiesloch zum Professor am Staatstechnikum Karlsruhe; Lehrbeauftragter Dr. Edmund Nied in Ludwigsburg zum Professor in Donaueschingen; Fachlehrer Alfred Stöcker an der Gewerbeschule II in Forzheim zum Gewerbelehrer daselbst; Handelslehrling Eduard Uger an der Handelsschule in Heidelberg zum Handelslehrer daselbst.

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes: Kreisoberlehrer Friedrich Seiber in Billingen; Professor Hermann Jahn am Staatstechnikum in Karlsruhe; Rektor Rudolf Strübel in Waldkirch; Studienrat Leopold Haupt an der Friedrich-Luisenschule in Konstanz; Oberlehrer Otto Schwarzhans in Hausach.

Gestorben: Hofrat Professor a. D. Dr. Konrad Willgerodt in Freiburg; Musiklehrer Otto Halter am Gymnasium in Baden-Baden.

Ministerium der Finanzen

Ernannt: Bauinspektor Otto Gähler beim Bezirksbauamt Karlsruhe zum Bauoberinspektor.

Wasser- und Straßenbauverwaltung

Zum Vermessungssekretär der Vermessungsstelle Ludwig Haas in Forzheim, zu Zeichenassistenten die Zeichenhilfen Willy Sorg und Karl Weber bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung.

Planmäßig angeheilt: Der Straßenwärter Gustav Baumgärtner in Nachfluren. In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes: Der Straßenoberbaumeister Adolf Hele in Ettlingen.

Gemeinderundscha

Die Gemeindefinanzen

Der Bürgerausschuß hat den Voranschlag und die Festsetzung der Gemeindesteuer für 1930/31 mit allen gegen zwei Stimmen auf folgender Grundlage: auf je 100 M Steuerwert: für das Grundvermögen 1,23 M (1,26), für das Betriebsvermögen 0,51 M (0,50), für den Gewerbeertrag 6,60 Reichsmark (6,75).

Auch in Laß greift der Landeskommissar ein. Um den Ausgleich des Voranschlags für 1930 zu decken, hat der Landeskommissar gemeinsam mit dem Beirat für die Stadt Laß eine Gemeindebeitragsverordnung erlassen, die bereits in Kraft trat.

Wie bereits erwähnt weist die badische Gemeindeordnung bezüglich Abstimmungen des Bürgerausschusses einen Mangel auf, indem sie nicht auspricht, ob bei Stimmengleichheit eine Vorlage als angenommen oder abgelehnt gilt, während bei Abstimmung des Stadtrates der Stimmenschaft des Vorstehenden den Ausschlag gibt. Da hinsichtlich der Auslegung des Abstimmungsergebnisses der letzten Lörcher Bürgerausschussung vom vergangenen Montag Bedenken bestehen, so hat die Staatsaufsichtsbehörde es abgelehnt, für die Einführung einer Gemeindebeitrags- und einer Gemeindebeitragssteuer die erforderlichen Zustimmungserklärungen abzugeben. Da der Bürgerausschuß nun zweimal die Notverordnungsteuern abgelehnt hat, so wird ein Zwangsetatsverfahren auch für die Stadt Lörcher nicht mehr zu umgehen sein. Der Landeskommissar hat die Stadt beauftragt, ihm nun einen Nachtragsvoranschlag vorzulegen, auf Grund dessen dann sowohl die abgelehnte Gemeindebeitrags- und Getrankssteuer als auch die Bürgersteuer, von der die Stadtverwaltung bisher Abstand genommen hatte, zwangsweise eingeführt werden.

Bekanntmachung

Wir weisen darauf hin, daß die Mitglieder des unterzeichneten Verbandes Aufträge nur auf Grund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Güterbestätter und Fuhrunternehmer von Baden und der Pfalz übernehmen. Diese Geschäftsbedingungen liegen auf der Geschäftsstelle des unterzeichneten Verbandes in Mannheim, Tullastr. 23, zur Einsichtnahme auf und können außerdem von denselben, sowie von unseren Mitgliedern bezogen werden. R. 878.

Mannheim, Januar 1931.

Arbeitgeberverband für das Badische und Pfälzische Transport- u. Verkehrsgerwerbe G. V., Stg. Mannheim.

Zwangsvorsteigerung.

4. V. 40/30.

Im Zwangsweg versteigert das Notariat am Dienstag, den 24. Februar 1931, vorm. 9 Uhr

in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 10 das Grundstück der Elsa Furrer geb. Kornmüller, Ehefrau des Landwirts Friedrich Furrer II hier auf Gemartung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 27. November 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 27. Nov. 30. noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

500 Erwerbslose. In Untergrombach (Amt Bruchsal) (2800 Einwohner) sind nun leider 500 Erwerbslose zu verzeichnen, nachdem jetzt sämtliche Zigarrenfabriken stillgelegt worden sind, was 400 Beschäftigten den Verdienst nimmt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Verbrecherischer Anschlag auf der Strecke Pforzheim-Karlsruhe?

In der Nacht vom 3. auf 4. Januar wurde auf der Strecke Pforzheim-Karlsruhe zwischen den Bahnhöfen Erzingen und Bilsingen von unbekannter Hand ein Rad auf die Schienen des Gleises gelegt. Er wurde von einer nachts von Pforzheim leer fahrenden Lokomotive rechtzeitig bemerkt. Beim Abfahren der Strecke wurde 200 Meter entfernt ein weiterer Rad auf dem Gleis aufgefunden. Ob es sich um einen verbrecherischen Anschlag handelt, wird die behördliche Seite an Ort und Stelle vorgenommene Untersuchung ergeben.

Die zweite Etappe des Mannheimer Rheinbrückenbaues Die zweite Etappe des Mannheim-Ludwigsbahner Rheinbrückenbaues ist mit dem Absetzen des Senklastens am Samstag in Angriff genommen worden. Es handelt sich dabei um die Arbeiten auf der Mannheimer Seite. Bis dieser Meiste der vier Kästen der Gründungsbohle erreicht hat, werden mehrere Wochen vergehen. Es hat sich ergeben, daß die ungleiche Beschaffenheit des Bodens dem Absetzen große Schwierigkeiten bereitet.

Neuschnee im Schwarzwald D. J. Freiburg i. Br., 5. Jan. (Tel.) Der am Sonntag nachmittag plötzlich eingetretene Temperatursturz hat im Schwarzwald umfangreiche Neuschneefälle gebracht, die sich

auf 7-800 Meter herunter erstrecken. Der Feldberg meldet 30 Zentimeter Schnee, darunter 15 Zentimeter Neuschnee bei -5 Grad. Auch die Plätze Hinterzarten, Breitenau und Mengenschwand weisen gute Schneehöhen auf bei 10-15 Zentimeter Schnee. Die Schneefälle halten heute morgen noch an.

D. J. Heidelberg, 3. Jan. In den letzten Wochen haben sich zwischen Binau und Redarz in Gleisrichtung Würzburg der Oberwaldbahn Gleisfaltungen gezeigt. Mit den getroffenen Maßnahmen hoffte man den zweigleisigen Betrieb aufrecht erhalten zu können. Am 1. Januar sind jedoch weitere Senkungen eingetreten, die dann gegen Abend die Sperrung eines Gleises und die Aufnahme des eingleisigen Betriebs erforderlich machten. Die Dauer des eingleisigen Betriebs kann zur Zeit noch nicht übersehen werden.

D. J. Heidelberg, 5. Jan. Vier Selbstmorde oder Versuche dazu sind über Samstag und Sonntag in Heidelberg zu verzeichnen.

D. J. Itzlingen (bei Bretten), 3. Jan. Am hiesigen Bahnhof wurden im verflossenen Jahre aus den Gemeinden Itzlingen und Kirchardt insgesamt 66 Eisenbahnwagen Zickorienwurzeln verladen. Es handelt sich um ein Quantum von 18 503 Zentnern.

D. J. Freiburg i. Br., 4. Jan. Gegen die früheren Inhaber des Bankhauses Otto Würle & Co., Otto Würle und Karl Herling, wurde die Verhandlung wegen betrügerischen Bankrotts, Untreue und Depotunterschlagung auf den 28. Januar, 8 Uhr morgens vor dem erweiterten Schöffengericht Freiburg angehängt. Die Führung der Verhandlung, für die etwa eine Woche in Anspruch genommen werden dürfte, liegt in den Händen des Amtsgerichtsdirektors Hönl. Zur Verhandlung sind 23 Zeugen und zwei Sachverständige geladen.

Bl. Stodach, 5. Jan. In der Nacht zum vergangenen Samstag ist die schon einige hundert Jahre alte, historische Wirtschaft „Neue Mühle“ in Seefingen ein Raub der Flammen geworden.

Grundstückbescheid:

Grundbuch Karlsruhe Band 484 Heft 18

Avg. Nr. 10092: Kasperstr. 87 a in Karlsruhe-Nüppurt

1 Hofreite: 5 a 82 qm } = 9 a 34 qm
Hausgarten: 3 a 52 qm

Hierauf steht:

- a) eine einstöckige Scheuer und Stall, Schienenfeller und Wohnzimmer.
- b) ein einstöckiger Schopf.
- c) ein zweistöckiges Wohnhaus mit Schienenfeller.
- d) ein zweistöckiger Veranda-Anbau mit Abort und Schienenfeller.
- e) eine einstöckige Waschküche, R. 221
- f) ein einstöckiger Schopf mit Dungele.

Schätzung ohne Zubehör: RM 23 000.—
mit " " " " RM 23 320.—

Karlsruhe, den 30. Dezember 1930.

Bad. Notariat IV — Vollstreckungsgericht.

Schotterlieferung.

Wir vergeben im schriftlichen Wettbewerb die Lieferung des im Jahre 1931 erforderlichen Basalt-Schotter aus Hartgestein für die Landstraßen unseres Bezirks. R. 218

Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer in Karlsruhe, Stephanienstraße 51, zur Einsicht auf, wo auch Angebotsordrude erhältlich sind. Die Angebote sind verschlossen, mit der Aufschrift

„Schotterlieferung“, postfrei bis zu der am Donnerstag, den 15. Januar 1931, vormittags 11 Uhr, anberaumten Öffnungstagfahrt an uns eingureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Karlsruhe, 2. Jan. 1931.

Wasser- u. Straßenbauamt.

R. 219. Bruchsal. Über das Vermögen der Firma Karl Heilmann & Co., Ges. m. b. H. in Bruchsal, wurde heute mittags 12 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwaltung ist

Rechtsanwalt Dr. Ertlinger in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 24. Januar 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlieung über die im § 132 R.O. bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am:

Mittwoch, den 28. Januar 1931, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, 1. Stock, Zimmer 8. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt, oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Rest der Sache und ein Anspruch auf absonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 24. Januar 1931 anzuzeigen.

Bruchsal, 8. Jan. 1931.

Amtsgericht IV.

Güterrechtsregister-

trag Band II Seite 99:

Randwirt Franz Alois Hennich und Regina geb. Verberich in Ebenheim. Vertrag vom 15. Dezember 1930. Ertragsgemeinschaft des BGB.

Wertheim, 30. Dez. 1930.

Bad. Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Dienstag, den 6. Jan. 1931

Nachmittags

Der große Christoph

Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trenck

Regie: v. d. Trenck.

Mitwirkende: Bertram, Ermath, Frauendorfer, Genet, Seiling, Schreiner, Guse, Kurtz.

Gemmede, Graf, Herz,

Höder, Just, Kuhn, Mehnert, Müller, Prüter, Schulze, Grimm, Lützer, Rivinius, Seibert

Anfang 15 Ende 17

Preise 0,40-3 RM

Abends

* B 12. Ab.-Gem. 1-100 und 301-400

Der lustige Krieg

Operette von Johann Strauß

Dirigent: Krauß

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende: Wank, Seiberlich, Burt, Lindemann, Kotschmann, Rivinius, Lubach, Brand, Gospatz, Rainbach, Kiefer, Koebe, Höfer, Kentwig, Lindemann, Rivinius.

Anfang 20 Ende 23

Preise C (1-7 RM)

Mi. 7.1. V. Sinfonie-Konzert

Do. 8.1. Elisabeth von England. Fr. 9.1. Die Bohème. Sa. 10.1. Nachm.: Der große Christoph. Abends: Die schöne Helena. So. 11.1. Nachm.: Der Evangelist. Abds.: Jar und Zimmermann. Im Konzertsaal: Meines Schwester und ich. Ra. 12.1. Das Lamm des Arnen.

Zentralhandelsregister für Baden.

Bruchsal. R. 210.

Handelsregister-Eintrag

B I. D.-Z. 45. Firma

Welschpappenwerk

Gesellschaft mit beschränkter

Haftung in Bruchsal. Nach

dem Beschluß der Gesellschafter

Sammlung vom 15. Dezember 1930 ist das

Stammkapital von 30 000 M

erhöht. Die Erhöhung des

§ 4 des Gesellschaftsvertrags

ist der Kapitalserhöhung

entsprechend geändert. Julius Marx in

Bruchsal ist nicht mehr

Geschäftsführer. Kaufmann

Otto Weil in Bruchsal ist

weiterer Geschäftsführer.

Bruchsal, 23. Dez. 1930.

Amtsgericht I.

Freiburg i. Br. R. 379.

Handelsregister-Einträge.

A. Vb. IX. D.-Z. 295:

Firma Albert Benz, chem.

techn. Produkte, Freiburg,

wurde gem. § 31 Abs. 2

GG. von Amts wegen

gelöst. Am 12. 12. 1930.

A. Vb. X. D.-Z. 129.

Druckerei und Verlag

del mit Baustoffen, Spe-

zialgeschäft für Wand- u.

Doblenbeschläge. Inhaber

ist Franz Schweiß, Kauf-

mann in Offenburg. Kauf-

mann Josef Redhaus in

Lörach u. Kaufmann Jo-

sef Stahl in Offenburg

haben Einzelprokura. Am

16. 12. 1930.

A. Vb. VII. D.-Z. 381

bei Kurhaus und Sanato-

rium B. J. Mag. Hoven in

Freiburg: Inhaber ist

jetzt Karolina Hoven Wit-

we geb. Wolf in Freiburg

als Herrin der zwischen

ihm und den gemeinschaft-

lichen Abstammungen, Hans

Hoven, Arzt, Erwin Hoven,

Kaufmann, und Waldemar

Hoven, Kaufmann, alle in

Freiburg, fortgesetzten Güter-

gemeinschaft. Am 16. 12.

1930.

A. Vb. VIII. D.-Z. 170:

Firma Wilhelm Kelle-

mann in Freiburg ist er-

Schid ist Kaufmann Kurt

Oberpaur in Freiburg als

Geschäftsführer bestellt.

Am 13. 12. 1930.

B. Vb. I. D.-Z. 69:

Freiburger Druck- u. Ver-

lagsgesellschaft Heinrich W.

Wuth, Gesellschaft mit be-

schränkter Haftung in

Freiburg, ist durch Gesell-

schafterbeschluss vom 12.

b. M. aufgelöst. Buch-

druckermeister Heinrich

Marx Wuth in Freiburg ist

Liquidator. Am 13. 12. 30.

Amtsgericht Freiburg.

Karlsruhe. R. 211.

Handelsregister-Einträge.

1. Friedrich Wagner,

Karlsruhe. Die Firma ist

erloschen.

2. Rothberger & Co.,

Karlsruhe. Die Prokura

des Karl Rothberger so-

wie die Firma sind erlos-

chen.

3. Karl Rothberger &

Co., Karlsruhe. Offene

5. A. & S. Oberst, In-

haber Adolf Oberst, Karls-

ruhe. Die Firma ist gein-

dert in: Adolf Oberst.

29. XII. 30.

6. Carl Büchle, Karls-

ruhe. Die Gesellschaft ist

aufgelöst. Der bisherige

Gesellschafter Georg Rohl-

mann ist alleiniger In-

haber der Firma.

7. Adolf Hamburger,

Karlsruhe. Offene Han-

delsgesellschaft mit Be-

ginn am 1. Dezember

1930. Kaufmann Oskar

Hamburger, Karlsruhe, ist

als persönlich haftender

Gesellschafter in das Ge-

schäft eingetreten.

30. XII. 30.

8. Autoreparaturwerk-

stätte und Garage Weber

& Freiburger, Karlsruhe.

Mit Wirkung vom 1. März

1930 ist die offene Han-

delsgesellschaft in eine

Kommanditgesellschaft um-

Konstanz. R. 381.

Handelsregister.

B. Vb. II. D.-Z. 27.

Atlas Ags, Chemische Fa-

bric Aktiengesellschaft, Fi-

liale Konstanz: Die Fi-

liale (Zweigniederlassung)

Konstanz ist aufgehoben.

Die Prokura des Konstan-

tin Sartorius ist erloschen.

12. 12. 1930.

A. Vb. V. D.-Z. 132.

Karl Wenz, Handlung in

Konstanz-Egg: Die Fir-

ma ist erloschen. 23. 12. 30.

A. Vb. I. D.-Z. 107.

Georg Hummel Nachf.

Anton Fischer, Konstanz.

Das Geschäft ist mit un-

veränderter Firma infolge

Todes des bisherigen In-

habers Anton Fischer auf

desse Witwe, Friederike

Fischer geb. Haug, in Kon-

stanz übergegangen. Dem

Kaufmann Ernst Fischer

in Konstanz ist Prokura

erteilt. 23. 12. 1930.

„Etekom“ Elektrophysi-

kalisches Therapeutikum,

Gesellschaft mit beschränk-

ter Haftung in Mann-

heim: Die Firma ist er-

loschen.

Benz Kahn jr., Mann-

heim: Die Prokura der

Emmy Kahn geb. Weil ist

erloschen. Die Firma ist

erloschen.

Lorenz Rib, Mannheim:

Die Firma ist erloschen.

Bad. Amtsgericht, F. G. 4.

Mannheim.

Offenburg. R. 209.

Handelsregister-Eintrag

Abtlg. B. Vb. I. D.-Z. 2.

Firma Kronenbrauerei,

Aktiengesellschaft, Stg. Of-

fenburg: Durch Beschluß

der Generalversammlung

vom 17. Dezember 1930

ist das Stammkapital um

570 000 M erhöht wor-

den und beträgt jetzt

1 500 000 M. Es wurden